



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates (Rat/XVI/022/2016)

Sitzungstermin: Mittwoch, den 10.02.2016

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:51 Uhr

Ort, Raum: Rathaus Altbau, großer Saal

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Beate Stammwitz

stellv. Ratsvorsitzende/r

Herr Hendrik A. W. Hamer

Frau Christiane Kühmann

Bürgermeisterin

Frau Beatrix Kuhl

stellv. Bürgermeister

Herr Hauke Sattler

Herr Bruno Schachner

Ratsmitglieder

Herr Dirk Beening

Herr Alexander Beitelmann

Herr Ulrich Biester

Herr Wilhelm Bloem

Herr Christian Dawid

Herr Walter Düngemann

Herr Sönke Eden

Herr Paul Foest

Herr Hans Fricke

Herr Bonné Harms

Herr Ulf-Fabian Heinrichsdorff

Herr Johann-Henning Keitel

Herr Gerd Koch

Frau Engeline Kramer

Herr Jochen Kruse

Herr Gerd Lübbers

bei TOP 4 abwesend

Frau Heike Nicolai

Frau Ursel Nimmrich

Herr Michael Popke

Herr Ernst Gerold Rebels

Herr Clemens Ressmann

Herr Michael Runden

Herr Dieter Schmidt

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

Frau Susanne Westermann

Verwaltung

Frau Tomke Hamer

Herr Heinz Hauschild

Frau Birgit Hingst-Lübben

Frau Katrin Kunze

Herr Carsten Schoch

Herr Hartmut Schubert

Abwesend:

Ratsmitglieder

Frau Gudrun Bonow

Herr Carl Friedrich Brüggemann

Herr Olav Fricke

Frau Annegret Hahn

Frau Christina Stoye-Grunau

Frau Hedda Warners

Herr Christian Winkler

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Rates vom 15.12.2015 (Rat/XVI/021/2015)
- 4 Ernennung zum Ehrenortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Nüttermoor
Vorlage: 3.32/XVI/1163/2016
- 5 Haushalt 2016
 - 5.1 Wirtschaftsplan 2016
- Beschluss
Vorlage: 2.60/XVI/1077/2015
 - 5.2 Wirtschaftsplan 2016
Vorlage: KWL/XVI/1161/2016
 - 5.3 Haushalt
 - Beschluss über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2016 einschließlich
 - 5.3.1 Stellenplan und über das Investitionsprogramm für die Jahre 2016 bis 2019
Vorlage: 1.20/XVI/1159/2016
 - 5.3.2 Kenntnisnahme der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2019
 - 5.4 Haushaltssicherungskonzept 2016
- 6 Örtliche Bauvorschriften - Gestaltungssatzung für die Altstadt von Leer
 1. Aufhebung des Beschlusses vom 21.05.2015
 2. Erörterung und Beschluss über die Anregungen
 3. Beschluss der örtlichen Bauvorschrift als Satzung und Zustimmung zur Begründung
Vorlage: 2.64/XVI/1164/2016
- 7 Informationen
- 8 Anfragen
- 9 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung. Sie stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sie gab bekannt, dass Herr Rebels Geburtstag habe. Die Bürgermeisterin überreichte Herrn Rebels einen Blumenstrauß.

Frau Stammwitz erinnerte daran, dass das langjährige Ratsmitglied Johannes Nolting verstorben sei. Sie verlas den Nachruf und bat um eine Schweigeminute zu dessen Gedenken.

Dann teilte sie mit, dass die Tagesordnung um den Punkt „Lieferungen und Leistungen“ im nichtöffentlichen Teil zu ergänzen sei. Sie schlug diesen als TOP 3 zu behandeln.

Dem wurde einhellig zugestimmt.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Von der Möglichkeit, Fragen zu stellen, machten die Besucher der Sitzung keinen Gebrauch.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Rates vom 15.12.2015 (Rat/XVI/021/2015)

Beschluss (einstimmig):

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 15.12.2015 (Rat/XVI/021/2015) wird genehmigt.

TOP 4 Ernennung zum Ehrenortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Nüttermoor Vorlage: 3.32/XVI/1163/2016

Herr Lübbers verließ zu diesem TOP den Sitzungssaal.

Die Vorsitzende gab den Wortlaut der Vorlage wieder.

Beschluss (einstimmig):

Herrn Gerd Lübbers wird die Ehrenbezeichnung „Ehrenortsbrandmeister“ verliehen.

TOP 5 Haushalt 2016

Frau Stammwitz rief den Tagesordnungspunkt „Haushalt 2016“ auf und verwies auf die Beratungen in den einschlägigen Fachausschüssen und im Verwaltungsausschuss. Sie erteilte sodann der Bürgermeisterin das Wort.

Frau Kuhl:

„Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe anwesende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger

Die Haushaltsberatungen 2016 stehen im Zeichen großer Investitionen. In diesen und in den Folgejahren müssen, trotz der problematischen Haushaltssituation, viele Großprojekte umgesetzt werden, die für eine Stadt wie Leer zwingend erforderlich sind.

Zu nennen wären hier z.B:

- Neubau des Hallenbades:

Besonders erfreut bin ich, dass es gemeinsam gelungen ist, den Hallenbadneubau jetzt auf den Weg zu bringen. Dies ist eine wichtige Entscheidung für die gesamte Stadt. Leer braucht ein Hallenbad. Hier nochmal vielen Dank an alle beteiligten Ratsmitglieder.

- Modernisierung der Seeschleuse:

Der Hafen der Stadt Leer hat nicht nur für die ansässigen Betriebe und Hafennutzer eine herausragende Bedeutung. Leer ohne Hafen ist nicht vorstellbar. Die Modernisierung der Seeschleuse ist Grundvoraussetzung für eine langfristige Weiterentwicklung.

Weitere hohe Investitionen stehen für die nächsten Jahre an. Ich nenne nur noch einige von ihnen:

- Uferpromenade
- Ausbau des Logaer Weges
- Tunnel Bremer Straße.
- Sanierung Soziale Stadt West

Aber nicht nur die Großprojekte werden zur Herausforderung, auch die Asylbewerberunterbringung stellt die Stadt vor große Herausforderungen. Dank der Bemühungen der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es uns bisher gelungen, alle Asylbewerber dezentral unterzubringen.

Größere Investitionen sind in den nächsten Jahren auch in die Infrastruktur (Rathausaltbau, Erneuerung von Straßen) der Stadt erforderlich. Hier werden Investitionen bereits seit Jahren verschoben.

Trotz aller Anstrengungen und Einsparungen wird für den Ergebnishaushalt 2016 voraussichtlich mit einem Fehlbetrag in Höhe von 5,9 Mio. Euro gerechnet. Durch die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen in diesem Jahr werden bereits jetzt die Folgehaushalte belastet. Der finanzielle Spielraum der nächsten Jahre wird immer enger. Eine Reduzierung der freiwilligen Leistungen der Stadt Leer in den nächsten Jahren werden wir unweigerlich gemeinsam diskutieren müssen.

Der Landrat hat in einem aktuellen Schreiben die fehlenden geprüften Jahresabschlüsse angemahnt und darauf hingewiesen, dass die Stadt über Einnahmeerhöhungen (Gebühren, Steuern...) nachdenken muss, wenn sich die Ausgaben nicht reduzieren lassen. Auch hier müssen wir gemeinsam nach Lösungen suchen.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtiger als je zuvor, Investoren zu gewinnen, die sich in Leer ansiedeln wollen, hier dauerhaft investieren und Leer nicht nur als Standort zur eigenen Gewinnerweiterung sehen, sondern sich in ein Gesamtgefüge einbinden.

Neben neuen Investoren ist die Optimierung der Bedingungen für bereits ansässige Betriebe ein wichtiger Faktor. Die Wirtschaftsförderung der Stadt ist daher in ständigem Kontakt mit unseren Betrieben.

Wir haben gemeinsam eine ganz besondere Verantwortung für die Stadt und es sollte uns gelingen, die anstehenden Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu meistern.

Für Ihre konstruktive Mitarbeit in den Haushaltsberatungen möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Ich darf jetzt Herrn Hauschild bitten, den Haushaltsentwurf vorzustellen.“

Herr Hauschild:

„Danke Frau Bürgermeisterin.
Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch in diesem Jahr stelle ich Ihnen das Arbeitsprogramm von Rat und Verwaltung vor, denn nichts anderes ist ja der Haushalt der Stadt Leer. Mehrere Großprojekte werfen ihren Schatten weit in die nächsten Jahre hinein. Kommunen verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Dies mit dem Ziel, das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern. Und damit stellen sie in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die erforderlichen sozialen, kulturellen, sportlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen bereit. Das ist nicht von mir, das steht so im

Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz. Und so ist auch dieser Haushalt wieder einmal davon geprägt, eine möglichst gerechte Abwägung zwischen unvermeidbaren, dringend erforderlichen und wünschenswerten Investitionen und sonstigen Aufwendungen zu erreichen. Die Frage nach der Notwendigkeit beantwortet sich gerade im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen teilweise von selbst. Unsere öffentlichen Einrichtungen, unsere Gebäude, Straßen, Wege und Plätze sind vielfach in die Jahre gekommen. Und wir müssen leider zurzeit in Leer feststellen, dass dies zeitgleich für eine Reihe von markanten und damit teuren Einrichtungen gilt. Und leider ist es dabei so, wie ein Kollege es kürzlich formulierte, wir kümmern uns um die Lösung eines Problems und entdecken dabei zwei weitere.

Es gilt die gesetzliche Anforderung unsere finanzielle Leistungsfähigkeit auch künftig dauerhaft sicher zu stellen, daher werden wir uns vor jeder größeren, aber auch bei kleineren Aufwendungen und Projekten nicht mehr allein zu fragen haben, wie und auf welche Art und Weise es durchzuführen ist, sondern immer mehr ob eine Baumaßnahme oder Beschaffung überhaupt finanzierbar und damit durchführbar ist. Denn wie eben schon erwähnt müssen wir die Folgekosten mehr in den Fokus rücken. Denn die Folgekosten nehmen uns zunehmend die Bewegungsfreiheit. Die kommunale Hoffnung, die darin besteht, dass eine Änderung in der Finanzausgleichsleistung zu einem dauerhaften mehr in der städt. Kasse führt, die hat sich zumindest bisher noch nie erfüllt.

Dieser Haushalt wird also nicht mit der berühmten schwarzen Null abschließen, er wird einen Fehlbedarf von rund 5,9 Mio. EUR ausweisen, die uns aktuell zur Finanzierung unserer laufenden Kosten fehlen. Schlicht gesagt, wir leben zurzeit auf Pump. Auch im Haushaltsjahr 2016 werden wir daher wie in den Vorjahren eine haushaltswirtschaftliche Sperre verfügen und die Mittelbewirtschaftung wie auch in den Vorjahren sehr restriktiv handhaben. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass bei Anwendung all dieser Mittel es am Ende des Jahres doch etwas besser aussieht als ursprünglich in der Planung vorhergesehen, weil Einsparungen im laufenden Jahr das Ganze dann doch erträglicher gestalten.

So haben wir den Fehlbedarf des letzten Jahres von den vorgesehenen 4,3 Mio. EUR doch deutlich reduzieren können. Am Ende werden uns dennoch etwa 1,3 Mio. EUR in der Kasse fehlen. Dies allerdings zumindest teilweise dadurch, dass sich die Durchführung geplanter Maßnahmen aus unterschiedlichen Gründen verschoben haben und später erneut in den Büchern auftauchen werden.

Zusammen mit dem Haushalt 2016 ist zwingend ein Haushaltskonsolidierungskonzept zu verabschieden. Es enthält eine Reihe von Vorschlägen und Maßnahmen, die dazu dienen, die finanzielle Lage der Stadt dauerhaft zu verbessern. Es enthält im Übrigen auch Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren umgesetzt wurden und die zu Haushaltsverbesserungen beigetragen haben. Getreu dem Motto „Sparen ist die beste Einnahme“.

Neben der Reduzierung der Aufwandsseite ist auch die Steigerung der Ertragsseite wichtig und notwendig. Mit der Überprüfung und Anpassung von Verträgen und der Erhöhung städtischer Gebühren sind hier die ersten Maßnahmen bereits umgesetzt. Dies wird auf Dauer aber nicht ausreichen.

Die weit überwiegende Zahl der von uns erbrachten Leistungen dient unmittelbar und ausschließlich dem Wohl der in dieser Stadt lebenden Bürgerinnen und Bürger. Und eine Ausweitung der Leistungen kommt ihnen, kommt uns allen zu Gute.

Und so werden wir dauerhaft nicht umhin kommen, auch Steuererhöhungen zur dauerhaften Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und damit als Mittel zum Haushaltsausgleich heranzuziehen. Die aktuellen Steuereinnahmen allein können die Ausgabebedarfe nicht decken. Im letzten Jahr habe ich mit Blick auf die Gewerbesteuer erklärt, dass die sprudelnden Quellen hierzu leider nicht auf Leeraner Gebiet liegen. Das trifft weiterhin zu, aber die Tendenz zeigt leicht nach oben. Um Bild zu bleiben, haben wir es mit einem kleinen Fluss zu tun, der aus mehreren Quellen gespeist wird.

Der größte Teil der Aufwendungen im Ergebnishaushalt steht fest. Die durch die Kommune wahrzunehmenden Aufgaben verändern sich in der Regel nur wenig. Im letzten Jahr und auch aktuell gilt diese Aussage nicht mehr uneingeschränkt. Die hohe Zahl von geflüchteten Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, stellen uns alle vor große Herausforderungen. Die damit verbundenen Aufwendungen der Stadt Leer, sind gemessen am Gesamtvolumen des Haushalts, noch überschaubar und finden sich zurzeit in erster Linie in steigenden Personalaufwendungen.

Die Aufgabe der dauerhaften Unterbringung und der Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt ist eine Aufgabe der wir uns alle jetzt und in der Zukunft zu stellen haben. Die Stadt Leer wird ihren Teil dazu beitragen, gemeinsam mit vielen anderen, seien sie haupt- und ehrenamtlich engagiert. Hierfür gebührt allen Handelnden mein Dank und mein Respekt.

Aber da es heute um den Haushalt und damit auch immer um Finanzierungsfragen geht, wünsche ich ihr, dass Aufgaben, die uns alle angeht und unmittelbar oder mittelbar alle betrifft, auch finanziell gesamtgesellschaftlich geschultert werden und wir als Kommune nicht allein gelassen werden.“

Im Anschluss erläuterte **der Erste Stadtrat** anhand der anliegenden Power-Point-Präsentation wesentliche Punkte und Entwicklungen des Haushalts 2016.

Herr Sattler:

„Verehrte Frau Vorsitzende,
Frau Bürgermeisterin,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!

Wie auch in den vergangenen Jahren hat der Erste Stadtrat gerade die Eckpunkte zum Haushalt 2016 vorgetragen. Ersparen Sie mir daher die Wiederholung des Zahlenwerkes zum Haushalt - die Präsentation der Verwaltung gibt die Situation zutreffend wieder! Dankenswerter Weise wurde uns im Vorfeld umfangreiches Material zur Vorbereitung an die Hand gegeben - vielen Dank hierfür.

Dem Haushalt 2015 konnten wir inhaltlich nicht mittragen, weil viele Projekte die wir für die Stadtentwicklung als sinnvoll erachtet haben nicht berücksichtigt waren. In diesem Jahr ist es anders gelagert: Zur Freude aller Beteiligten waren die Debatten im Haushaltsausschuss von Sachlichkeit und Bescheidenheit geprägt - und das, obwohl wir uns ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl befinden! So sind die politischen Wunschzettel in den Taschen geblieben und der städtische Haushalt wurde sehr restriktiv diskutiert. Dies ist aber auch dem Umstand geschuldet, dass der Haushalt auch ohne die Berücksichtigung wünschenswerter Begehrlichkeiten auf Kante genäht ist.

Interessant zu verfolgen ist die Haltung der Bürgermeisterin zum städtischen Haushalt. Hat sie sich 2014 im Wahlkampf noch als Jean d'Arc der Haushaltssicherung und Bekämpferin der Defizite dargestellt, vertritt sie nun ohne ein Schulterzucken diesen defizitären Haushalt und die enthaltene Nettoneuverschuldung. Wenn wir ihre neue Haltung auch begrüßen und sie in der Realität der Haushaltsverantwortung willkommen heißen, so ist Frau Kuhl ihrer Wählerschaft dennoch eine Antwort schuldig.

Unser Leitmotiv des politischen Handelns in der Stadt Leer ist, das Beste für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger herauszuholen:

Schwimmbad

Wir Sozialdemokraten setzen uns ohne Wenn und Aber für ein Freibad ein. Wir sind der Auffassung, dass zur kommunalen Daseinsvorsorge einer Kreisstadt wie Leer neben einem Hallenbad selbstverständlich auch ein Freibad gehört. Dass man aus Rücksicht auf die Haushaltssituation auf ein Freibad verzichten möchte, ist für uns nicht nachvollziehbar. Die Mehrheit des Rates entzieht sich hier einem wichtigen kommunalen Angebot für die Bürgerinnen und Bürger. Die Begründung, dass die Realisierung eines Freibades aufgrund der Haushaltssituation nicht möglich zu sein scheint, ist nicht schlüssig. Wer die Haushaltssituation als Ablehnungsgrund heranzieht, sucht nur ein Totschlagargument. Viele andere Projekte müssten wir dann ebenso begraben. Zumal der Argumentation folgend die Finanzierung des Hallenbades allein gesehen auch zur Disposition gestellt werden müsste. Frustrierend ist es, wenn die Verwaltung immer wieder statt inhaltliche Ablehnungsgründe vorzustellen Maßnahmen einfach ohne Grundlage teurer rechnet und so die Ablehnung der Mehrheit der Politik bezweckt und erzielt.

Wir haben beantragt, dass wenigstens die Option der späteren Nachrüstung eines Freibades in den Planungen berücksichtigt wird. Selbst das schmettert die politische Mehrheit ab. Für uns ist das unbegreiflich und ein Armutszeugnis für unsere boomende Stadt. Das ist nicht gerade ein Zeichen politischer Weitsicht.

Mieten

Gemeinsam haben wir die kommunale Wohnungsverwaltung als Eigenbetrieb gegründet. Dort wird hervorragende Arbeit geleistet, das steht außer Frage. Dass wir als Politik jedoch eingebunden sein müssen, wenn weitreichende Mietanpassungen erfolgen, scheint bei der Verwaltung noch nicht angekommen zu sein.

Nun zu den institutionellen Mietern aus dem sozialen und kulturellen Bereich: Herr Foest, so sehr ich Sie auch als politischen Mitstreiter schätze, ihre feurige Kritik in der OZ an uns Sozialdemokraten hierzu ist völlig fehl am Platze.

Wir Sozialdemokraten haben dieses Problem überhaupt politisch zum Thema gemacht. Wir haben beantragt, uns die finanziellen Auswirkungen der Mietanpassungen darzulegen. Bis heute liegt uns hierzu leider nichts vor. Die kommunale Wohnungsverwaltung ist gar nicht für diese Mieter zuständig, sondern unser Gebäudemanagement. Ihre Kritik zielt also ins Leere.

Kindergärten

Wir Sozialdemokraten sind davon überzeugt, dass die Aufgabe der Finanzierung der Kindertagesstätten bei der Stadt Leer gut aufgehoben ist. Auch hier geht es um den Kern der kommunalen Daseinsvorsorge. Wir dürfen nicht darauf verzichten, den Einfluss auf die Ausstattungsstandards in der Hand haben. Alle Jahre wieder wird uns vorgerechnet, dass hier Geld eingespart werden könnte, wenn die Aufgabe auf den Landkreis übertragen werden sollte. Das stimmt einfach nicht und ist finanziell wie auch inhaltlich zu kurz gedacht.

Haushaltssicherungskonzept

Die Maßnahmen, die seitens der Verwaltung zur Sicherung des Haushaltes vorgestellt werden von Jahr zu umfänglicher. Der Maßnahmenkatalog ist das Papier aber erst wert, auf dem es gedruckt wurde, wenn er auch umgesetzt wird. Ich habe daher in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vorgeschlagen eine Task Force aus den Fraktionen zu bilden, um den Konsens für die Umsetzung umstrittener Maßnahmen zu erzielen. Hier ist die Verwaltung am Zugzwang um die Vorbereitungen hierfür zu treffen.

Unseren politischen Mitstreitern danke ich namens der SPD-Fraktion dafür, dass wir diesen Haushalt gemeinsam - mit starken Schultern - tragen! So ist es im Interesse unserer Leerer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Zu Recht werden im Rat verlässliche Partner und keine Schaukämpfe erwartet.

Danken möchte ich im Namen der SPD-Fraktion dem Team im Fachdienst Finanzen und Beteiligungen für die exzellente Vorbereitung dieses Haushaltes, sowie den motivierten Mitarbeitern im Rathaus, die durch ihre Einsatzbereitschaft dem Wohle unserer Stadt dienen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass Sie durch Ihren Einsatz zur Realisierung der wichtigen Maßnahmen beitragen und einen gewichtigen Anteil an der Gestaltung Leers haben.

Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!“

Herr Foest:

„Frau Vorsitzende,
Frau Bürgermeisterin,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Haushalt 2016 ist ein Haushalt der Rekorde! Er weist die höchste Nettoneuverschuldung, den höchsten Verlust und die höchsten Beträge an Verpflichtungsermächtigungen und Schulden im Vergleich zu früheren Haushalten auf. Dabei wird praktisch keine Investition in neue Projekte getätigt, sondern nur in Fortsetzungsmaßnahmen und die Erneuerung abgängiger Infrastruktur investiert. Ursache für diesen wenig erfreulichen Haushalt sind unterbliebener Ersatz und unterlassene Erhaltung städtischen Vermögens!

Der Ergebnishaushalt weist mit einem Fehlbetrag (Verlust) von 5,9 Mio. € ein um 1,6 Mio. € schlechteres Ergebnis als das Vorjahr auf, obwohl die Erträge um 1 ¼ Mio. € gestiegen sind. Als Gründe lassen sich u.a. die 6%-ige Lohnkostenerhöhung (gut 1 Mio. €) und die Kostensteigerung bei Kindergärten mit 482 000,-- € und Seeschleuse mit 365 000,-- € ausmachen.

Was nicht zuversichtlich stimmt, ist, dass die Verwaltung den Verlust für den Finanzplanungszeitraum von 2016 – 2019 genauso wie den Finanzmittelbedarf auf jeweils 14 Mio. € schätzt. Selbst eingedenk des Vorsichtsprinzips und unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Haushaltssicherungskonzepts wird sich an diesen Zahlen nichts Wesentliches verbessern, da angesichts der Ausgabenfreudigkeit eines großen Teiles des Rates Einsparungsbemühungen häufig zunichte gemacht werden. So werden in den Ausschüssen öfter „kleinere Beträge“, die sich summieren, gleichsam nebenbei beschlossen, wie es beispielsweise im letzten Haushalts- und Finanzausschuss bei der Mittelerrhöhung um 20 000,-- € zusätzlich für das archivpädagogische Modell gegen Rechts geschah.

Um diese noch viele Jahre andauernde prekäre Situation des Ergebnishaushaltes nachhaltig zu verbessern, schlägt die CDU-Fraktion folgendes vor:

- Rücknahme der Finanzierungszusage für die Kindertagesstätten an den Kreis. Das ersparte der Stadt gegenwärtig 5,5 Mio. €, wobei man auch noch von jährlichen Zuwächsen von einigen Hunderttausenden ausgehen muss. Selbst wenn im Gegenzug die Kreisumlage erhöht würde, was die Stadt pro Prozentpunkt mit 360 000,- € belastete, bliebe unter dem Strich eine gewaltige Millionensparnis. Wir werden diesen Antrag stellen, da ein Zuschuss vom Kreis ebenso wie die Übernahme der 250 000,- € für die Betreuung gemeindefremder Kinder abgelehnt wird. Ersatzweise fordern wir, dass die Förderung von Kindertagesstätten in freier oder kirchlicher Trägerschaft nicht weiter über Defizitverträge erfolgt. Eine Umstellung auf einen festen Förderbetrag pro Kind führt zum notwendigen Kostenbewusstsein als unverzichtbare Bedingung zur Vermeidung weiterer Aufwandszuwächse für die Stadt im Hunderttausenderbereich von Euro.
- Erhöhung der globalen Kürzung auf freiwillige Leistungen von 20% auf 30 %.
- Deckelung der Personalkosten unter Berücksichtigung der tarifvertraglichen Anpassung.

Bei einem Ansatz für Investitionen in Höhe von 9 Mio. € ist die Nettoneuverschuldung mit 5,6 Mio. € ein neuer Negativrekord. Eine letzte Investitionskürzung um 1 Mio. € führte im Gegenzug zu einer Anhebung der Verpflichtungsermächtigungen, sodass

diese jetzt auch mit 7,57 Mio. € eine nie gekannte Höhe erreichen. Das alles ist für einen Investitionshaushalt total unbefriedigend.

Allerdings muss man berücksichtigen: Erst mit Amtsantritt der neuen Bürgermeisterin wurde der große Investitionsstau schlagartig offenbar:

- Hallenbad: Es wurde zunächst Ungeziefer, dann die Notwendigkeit einer grundlegenden Sanierung und zum Schluss die Unumgänglichkeit eines Abrisses mit anschließendem Neubau, der nach neuesten Erkenntnissen etwa 12 Mio. € kosten dürfte, entdeckt. Bei diesem Betrag kann es nur bleiben, wenn nicht die Forderung nach einem Freibad hinzukommt, die dann den Betrag um mindestens 4 Mio. € steigert, wie sich auch die Betriebskosten – dann im Ergebnishaushalt zu finden – von 1,3 Mio. € auf 1,7 Mio. € steigern dürfen. Im gegenwärtigen Investitionsplan erfordert das Hallenbad einen Ansatz von 2 Mio. €.
- Ebenso überraschend stellte sich erst kürzlich heraus, dass statt einer gründlichen Sanierung der Uferpromenade, deren Notwendigkeit bis dato unbekannt war, jetzt plötzlich sogar ein totaler Neubau unumgänglich ist: Kosten: 2 Mio. €, Ansatz im Investitionsplan: 750 000,- €.
- Logaer Weg: Nach jahrzehntelanger Untätigkeit wurde jetzt in seltener Geschlossenheit des Rates der Beschluss zum Neubau des Logaer Weges gefasst, um damit eine dringend notwendige Infrastrukturmaßnahme anzugehen: Kosten: 3,9 Mio. €, Ansatz im Investitionsplan: 300 000,- €, zuzüglich einer Verpflichtungsermächtigung von 3,6 Mio. €.
- Schleuse: Die Modernisierung der Schleuse zur Stärkung der Hafeninfrastruktur, die kurzfristig geboten war, um den Hafenzugang auch mittels 3 Mio. € Landeszuschuss zu sichern, verursacht 8 Mio. € an Kosten, davon 350 000,- € im jetzigen Haushalt.

Neben diesen ungeplant aufgetretenen Investitionsnotwendigkeiten sind neue Maßnahmen vorgesehen, bei denen besonders darauf geachtet wurde, dass sie einer in Zukunft angestrebten Haushaltskonsolidierung nicht entgegenstehen:

Da ist zunächst der Denkmalplatz zu nennen, dessen Umgestaltung nach dem Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbes Kosten in Höhe von 540 000,- € verursacht. Die Einbindung der Anlieger durch die Bürgermeisterin führte dazu, dass die Sparkasse ihre Wiederinstandsetzungsmaßnahmen nach dem Neubau im Platzbereich der Planung anpasste und die anderen Platzanrainer sich finanziell beteiligten, was den städtischen Anteil auf 150 000,- € senkte.

Daneben ist eine Erweiterung des Parkplatzes „Ostersteg-P4“ eine sinnvolle und rentierliche Investition. Es bietet sich die Möglichkeit des Zukaufs der „Hundewiese“, was 30 Stellplätze mehr brächte oder die Aufstockung des vorhandenen Parkplatzes mit einem Zuwachs von 80 Stellplätzen. Die CDU-Fraktion bevorzugt eine Aufstockung, deren Kosten von 1,13 Mio. € beim heutigen Zinssatz allein durch die Mehreinnahmen aus Parkgebühren der neuen Nutzfläche ohne Belastung für die Stadt in 20 Jahren beglichen sind. Anschließend fließen die Gebühren in den Stadthaushalt. Viel wichtiger aber sind die zusätzlichen Stellplätze zur Unterstützung der Geschäfte in der Altstadt und der unteren Mühlenstraße, die damit ihren Kunden attraktive Parkflächen anbieten können.

Generell lässt sich feststellen, dass angesichts der Haushaltslage repräsentative Vorhaben in den Hintergrund treten müssen zugunsten von Infrastrukturmaßnahmen, besonders im Straßenbau. Denn neben dem Logaer Weg befinden sich noch viele andere Gemeindestraßen in einem desolaten Zustand. Unterlassungen jetzt rächen sich in der Zukunft.

Da die Zahl der Asylbewerber nach Aussage des Fachamtes in diesem Jahr auf 1000 steigen könnte und deren bisher so gut gelungene dezentrale Unterbringung nach Aussage des Sozialamtes auf keinen Fall mehr gelingen wird, unterstützt die CDU-Fraktion folgende Vorschläge der Verwaltung:

1. Verkauf eines Gewerbegrundstücks Am Emsdeich an einen Investor zur Errichtung von 64 Wohneinheiten für etwa 256 Flüchtlinge: Wegen der Aufhebung zahlreicher Bauvorschriften beim Bau von Wohnungen für Flüchtlinge ließe sich bei zügiger Beschlussfassung diese Gemeinschaftsunterkunft bis zum Herbst realisieren, sodass weder Asylbewerber in Turnhallen, im Dorfgemeinschaftshaus oder sogar in Zelten untergebracht werden müssen. Die CDU-Fraktion wird über diesen Vorschlag eine **getrennte Abstimmung fordern**, um zu erreichen, dass Asylbewerber zeitnah menschenwürdig wohnen können. Bis zu ihrer Unterbringung in neu zu erschließenden Baugebieten - wie es SPD und Grüne fordern - würden mindestens 2 ½ – 3 Jahre vergehen.
2. Verkauf des Grundstückes Am Bahndamm an einen Investor zur Schaffung sozialen Wohnraums: Es ist eine flexible Vornutzung durch Flüchtlinge möglich, ohne eine Förderung zu gefährden. Da schon viele Voraussetzungen für die Aufstellung eines Bebauungsplanes erfüllt sind, können hier zusammen mit anderen Interessenten auch zeitnah Flüchtlinge untergebracht werden. Diese Forderung wurde durch den Beschluss im gestrigen VA erfüllt.
3. Verkauf der Teilfläche II des Grundstückes Nessestraße 1a: Im Falle eines jetzigen Verkaufs an den Investor pma Meyer könnte das aufstehende Gebäude mindestens bis Ende September des Jahres mietfrei für die Unterbringung von 30 Flüchtlingen genutzt werden. Die Stadt würde nicht mit der Rückzahlung von über 300 000,- € Fördermittel belastet und hätte ein wachsendes Unternehmen angesiedelt, das Gewerbesteuer zahlt und Arbeitsplätze bietet.

Als eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt sieht die CDU-Fraktion den schnellen Ausweis von Baugebieten, in denen auch sozial Schwächeren Baumöglichkeiten geboten werden. Wir denken dabei besonders an das Gebiet zwischen Weiden- und Mettjeweg, in dem sich auch städtische Flächen befinden, an das Baugebiet, das sich an das neue in Bingum anschließt und an den Bereich westlich von Multi-Süd. In den Bebauungsplänen müsste die Bedingung festgelegt werden, dass mindestens 30 % der Fläche für sozialen Wohnraum vorzusehen sind. Darüber hinaus sollte alles dafür getan werden, dass der Investor das Bauvorhaben Am Anger in Logabirum, das viele Jahre immer wieder verschoben wurde, endlich umsetzen kann.

Zudem halten wir im erweiterten Innenstadtbereich eine Überarbeitung bestehender und die Aufstellung neuer Bebauungspläne in 34-er Gebieten für dringend geboten, um eine durchaus gewünschte Verdichtung steuern zu können und die Zerstörung gewachsener Strukturen durch überdimensionierte unpassende Gebäude zu verhin-

dern. Hier sind die Fraktionen in der Pflicht, den häufig geäußerten berechtigten Klagen der Bürger Rechnung zu tragen.

Ein Repowering des Windparks Hohegaste lehnt die CDU-Fraktion ab. Hier sollen die vorhandenen 13 Anlagen mit 75 m Höhe durch 6 mit 150 m Höhe ersetzt werden, ohne dass sich der Abstand zur Wohnbebauung signifikant ändert. Mit unserer Ablehnung befinden wir uns in Übereinstimmung mit der Kreistagsmehrheit und tragen der Sorge der Anwohner Rechnung, die mehr Lärmbelästigung, Schattenwurf, Infraschall, nächtliches Blinken und dadurch bedingte Immobilienwertverluste befürchten.

Das Haushaltssicherungskonzept, das im Wesentlichen seine Wirkung erst ab 2017 entfaltet, wird von uns bis auf den Punkt „Anhebung der Realsteuersätze“ mitgetragen. Eine Erhöhung z.B. der Grundsteuer im Zweijahresrhythmus und - über die letzten 10 Jahre gerechnet - um 30% ist dem Bürger nicht zuzumuten. Ebenfalls ist eine regelmäßige Gewerbesteuererhöhung für ansiedlungswillige Unternehmen alles andere als attraktiv. Selbst ein weit strikteres Haushaltssicherungskonzept, das sich besonders den notwendigen Ausgabenkürzungen widmet, würde von uns mitgetragen, um die Schulden der Stadt einzudämmen, die sich mit Liquiditätskrediten und Sollfehlbeträgen und unter Berücksichtigung der Stadtwerke und Eigenbetriebe auf etwa 87 Mio. € belaufen.

Obwohl die CDU-Fraktion mit diesem Haushalt nicht zufrieden sein kann, stimmt sie der Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm wie auch den Festsetzungen für die Eigenbetriebe zu, um endlich alles Abgängige aus früheren Jahren schnellstens durch neue Vorhaben ersetzen zu können. Gleichzeitig bedanken wir uns bei allen an der Haushaltserstellung beteiligten Mitarbeitern der Verwaltung für deren geleistete Arbeit. Ich bedanke mich fürs Zuhören.“

Herr Runden:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr verehrte Damen und Herren,

es kann kein Zufall sein, dass wir am heutigen Aschermittwoch über unseren Haushalt abstimmen. Der Karneval ist die Zeit der Narren. Diese ist nun vorbei. Unser Haushalt ging den gleichen Weg. In der Vergangenheit wurden die Gelder der Stadt Leer oftmals nicht mit dem nötigen Ernst verwaltet.

Immer wieder wurden Sparvorschläge durch die politische Mehrheit abgelehnt. Hier nur zwei Beispiele:

Eine Kostenübernahme der Ausgaben für die Kindergärten durch den Landkreis wurde durch die SPD immer wieder verhindert. Die Verkleinerung des Rates als Zeichen eines ernsthaften Sparwillens wurde von CDU und SPD vor kurzem abgelehnt. Hier war der Eigennutz stärker als der Sparwille. Bei dem jetzigen Schuldenstand ist der Handlungsspielraum der Stadt Leer stark eingeschränkt. Immer wieder müssen wir den Bürgern erklären, dass wir kein Geld haben.

So ist es eben! Am Aschermittwoch ist alles vorbei und es beginnt eine lange Fastenzeit. Dies gilt auch für unseren derzeitigen Haushalt. Wir werden der Fastenzeit zustimmen, denn wir geben die Hoffnung nicht auf, dass es am Ende doch noch eine Auferstehung geben wird.“

Herr Rebels:

„Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen!

Bei einer Nettoneuverschuldung von ca. 5,9 Mio. EUR in 2016 und einer Nettoneuverschuldung von ca. 9 Mio. EUR in 2017 steht die Stadt in diesen Jahren vor großen Herausforderungen. Maßnahmen wie der Badneubau, der Ausbau des Logaer Weges, die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes, die Modernisierung der Schleuse oder die Erneuerung der Uferpromenade sind dafür nur einige Beispiele.

Die Mehrheitsentscheidung in Leer kein Freibad zu bauen, stößt bei der CDL nach wie vor auf Unverständnis. Bei dem mehrheitlich beschlossenen Hallenbad handelt es sich um ein reines Funktionsbad. Da die Details des Bades allerdings erst in einer Sitzung im April festgelegt werden ist theoretisch zumindest eine Ergänzung des jetzt beschlossenen Standardbades um zum Beispiel eine Textilsauna, einer Rutsche oder eines Ganzjahresbeckens möglich. Sicher ist jedoch, dass es weder ein Freibad noch ein Bad mit Cabriodach als Alternative geben wird. Und nach den Äußerungen der Mehrheitsfraktion in den Ausschusssitzungen sind auch diese noch möglichen Erweiterungen eher unwahrscheinlich. Unsere Kinder und Jugendlichen haben nach Auffassung der CDL das Recht auf ein Bad, das ihr natürliches Verlangen nach Schwimmen und Freizeitspaß berücksichtigt. Selbstverständlich haben die Mitglieder im Rat der Stadt Leer auch die finanzielle Situation im Rat der Stadt Leer zu berücksichtigen. Wir tragen aber im gleichen Umfang eine soziale Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Leer. Jedem sollte klar, wir investieren in Werte von denen die Bürgerinnen und Bürger jahrzehntelang profitieren. Große Anstrengungen sind erforderlich, dass wir sowohl unserer sozialen als auch unserer finanziellen Verantwortung gerecht werden können. Dafür brauchen wir auch die Unterstützung Dritter. Fördermittel müssen angemeldet werden. Auch der Landkreis Leer muss beim Badneubau tief in die Tasche greifen. Bundes- und Landesmittel sind ebenfalls einzufordern. Die Bundes- und Landtagsabgeordneten sollen nicht nur Sonntagsreden halten, sondern sich handfest für die Region einsetzen.

Wir müssen investieren, wir müssen aber auch sparen aus sozialer Verantwortung, aber auch aus Verantwortung gegenüber der Wirtschaft und den Arbeitsplätzen. Einsparungen finden wir auch bei den freiwilligen Leistungen. Hierzu gehören nach wie vor die Kindergärten. In den vergangenen Jahren wurde die Abgabe der Kindergärten immer wieder in den Ausschüssen und Fraktionen diskutiert. Bis heute ist jedoch keine Abgabe erfolgt. Weder für die Kinder noch für deren Eltern oder das Personal in den Kindergärten hätte eine Abgabe negative Auswirkungen. Gerade wegen der aktuellen Haushaltssituation müssen wir eine solche Option erneut in Erwägung ziehen. Eine Abgabe darf kein Tabuthema mehr sein. Die Diskussion bezüglich der

Trägerschaft der Kindergärten wird seit mehr als 10 Jahren geführt. Ähnlich war es vor 10 Jahren, als es um die Abgabe des Jugendamtes ging. Träger dieses Bereiches ist der Landkreis Leer. Für die Rückgabe des Jugendamtes gab es dann nach langem hin und her endlich eine Ratsmehrheit. Der befürchtete Rückgang von Leistungen ist wie von uns vorausgesagt unterblieben. So wird es auch bei den Kindergärten sein, keine Leistungseinschränkung, aber die Stadt spart nach eingerechneter Erhöhung der Kreisumlage mindestens 3 Mio. EUR.

Des Weiteren sollte über eine Deckelung der Personalkosten entschieden werden. Eine Steigerung der Bruttokosten auf 14.320.000 EUR 2014 auf 15.350.00 EUR 2016 sollte ausreichender Anlass für die Entscheidung sein. Und es gibt weitere hausgemachte Einsparungsmöglichkeiten. Der Bau eines Parkdecks beansprucht Haushaltsmittel, die besser für dringende Maßnahmen eingesetzt werden können.

In der Bewältigung in der Unterbringung von Flüchtlingen geht die Verwaltung mit Unterstützung einiger Fraktionen einen falschen Weg. Die CDL lehnt die Unterbringung von Flüchtlingen in Massenunterkünften für mehr als 250 Personen wie z.B. im Gewerbegebiet Am Emsdeich aus sozialpolitischen Gründen ab. Eine Ghettoisierung in dieser Form birgt unkontrollierbare Konflikte. Der Vorwurf, die Gegner würden in Kauf nehmen, dass keine adäquaten Unterkünfte zur Verfügung gestellt würden, ist falsch. Es wird auch nicht unterstellt, dass ein Ghetto im Gewerbegebiet erstellt werden soll, um das Problem aus dem eigenen Blickwinkel zu schaffen. Der mehrfach vorgetragene Plan, vermeintliche Investoren einzuladen und gemeinsam eine dezentrale Unterbringung zu gewährleisten, wird nach Ansicht der CDL von der Bürgermeisterin nur sehr zögerlich, wenn überhaupt verfolgt.

Die CDL lehnt den vorgelegten Haushalt 2016 ab und stellt aus den vorgenannten Gründen den Antrag, die Kindergärten an den Landkreis Leer abzugeben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Ressmann:

„Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, meine Damen und Herren.

Als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker möchten wir alle die Zukunft unserer Stadt gestalten. Wir stehen dabei vor großen Herausforderungen. Ich nenne nur einige Punkte:

- Hallenbadneubau
- Radverkehrskonzept
- Sozialer Wohnungsbau
- Marode Straßen (der Logaer Weg wird nicht das einzige Großprojekt bleiben)
- Tunnel an der Bremer Straße
- Hafen mit Schleuse
- Neugestaltung der Mühlenstraße

- Und jetzt ganz aktuell steht auch noch der komplette Neubau der Uferpromenade an.

Und das uns zur Verfügung stehende Geld reicht nicht einmal für einen Teil dieser notwendigen Projekte. Wir haben ein Problem bei den Einnahmen. Und dabei möchte ich jetzt nicht über die Hebesätze reden. Es läuft was schief in unserem Land. Der Bund und die Länder beschließen eine Schuldenbremse. Die wird zu Lasten der Kommunen erreicht. Die Kommunen bluten finanziell immer weiter aus.

Ein gutes Beispiel ist die Finanzierung der Kindergärten und Kindertagesstätten. Bundesweit sind sich alle seriösen Parteien (hier schließe ich die CSU mit ihrer gescheiterten Herdprämie ausdrücklich nicht mit ein) einig, dass jedem Kind ein Platz in einer Kindertagesstätte zusteht. Es reicht dann aber nicht, wenn wir als Stadt nur einen kleinen Baukostenzuschuss für diese Plätze erhalten. Wir müssen auf kommunaler Ebene, egal ob Stadt oder Landkreis bezahlt, von den Kosten für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe entlastet werden. Dann würde sich auch die jedes Jahr wieder auftauchende Diskussion um Verlagerung der Finanzierung der Kindergärten an den Landkreis erübrigen.

Aber wir in Leer haben auf diese Rahmenbedingungen keinen Einfluss. Daher nun zu dem, was wir selber in der Hand haben.

In den Beratungen um den Neubau des Schwimmbades wurde erstmalig mehr über die Folgekosten als nur um die reinen Baukosten gesprochen. Das lässt hoffen auf bessere Diskussionen in der Zukunft. Wir haben hier als Stadt mit dem Beschluss nur ein Hallenbad zu bauen, einen guten Kompromiss gefunden. Wir bauen ein Schwimmbad, das genau auf die Bedürfnisse der Hauptnutzer zugeschnitten ist. Und das sind die Schulen und die Vereine. Mehr wäre sicher schön, aber ist nicht zu finanzieren. Ich hoffe, dass die Architekten jetzt schnell gute Bauzeichnungen abliefern und nach den erforderlichen Ausschreibungen Anfang 2017 der Bau beginnen kann. Vorher müssen wir aber heute den Haushalt verabschieden, denn ohne gültigen Haushalt kann weder die Architektenrechnung bezahlt werden, noch kann das alte Bad abgerissen werden.

Zwei sehr wichtige Maßnahmen sind im Haushaltsentwurf, bzw. im Wirtschaftsplan unserer Wohnungsgesellschaft KWL nicht oder nicht ausreichend enthalten.

Die Stadt Leer boomt. Im letzten Jahr wurden in Leer so viele Wohnungen gebaut, wie lange nicht. Nur leider keine Wohnungen, die sich auch Leute mit geringen Einkommen leisten können. Es fehlt an sozialem Wohnungsbau. Hier droht sozialer Sprengstoff. Ich möchte hier betonen: Dieses Thema hat ausdrücklich nichts mit der Frage der akuten Unterbringung von Flüchtlingen zu tun.

Da die Renditen für Investoren in diesem Marktsegment für private Investoren zu gering sind, kommen wir mit den Konzepten der letzten 40 Jahre nicht mehr weiter. Der Markt wird dieses Problem nicht richten. Die Stadt Leer muss hier selber als Bauherr tätig werden und Wohnungen bauen. Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen wird das kurzfristig beantragen. Für die Umsetzung muss dann der Wirtschaftsplan der KWL noch im laufenden Jahr angepasst werden. Dass private Investoren öffentliche Aufgaben nicht automatisch besser erledigen haben wir schmerzhaft beim Schwimmbad erlebt. Und Anfang dieses Jahres wurde der Müll wegen ein bisschen

Schneeglätte von der privaten Fachfirma nicht abgeholt. Von den Stadtwerken waren wir so etwas nicht gewöhnt.

Die zweite völlig unterfinanzierte Maßnahme ist der Radverkehr. Wir haben gemeinsam und einmütig ein Radverkehrskonzept erarbeitet und verabschiedet. Darin steht, dass zur Umsetzung jährlich 500.000 € nötig sind. Im Haushalt finden sich nur 10% davon. Stattdessen wird plötzlich von der CDU ein überflüssiges und unsinniges Parkhaus am Ostersteg für 1,5 Mio. € gefordert. Als wenn ein Parkhaus auch nur ein Verkehrsproblem lösen würde. Im Gegenteil: Mehr Parkraum schafft mehr Autoverkehr und damit mehr Probleme. Die Förderung des Radverkehrs reduziert die Autonutzung und spart so Kosten und sorgt für mehr Lebensqualität in der Stadt.

Mitte 2015 haben wir die Ausweitung des archivpädagogischen Modells durch die Stadt Leer beschlossen. Leider wurde dieser politische Grundsatzbeschluss im vorgelegten Haushaltsentwurf zunächst nicht mit den dafür notwendigen Finanzmitteln hinterlegt. In Zuge der Haushaltsberatungen haben wir Grüne eine Aufstockung der Sachmittel für das Archiv beantragt und konnten dafür dank der Unterstützung von SPD und CDL auch eine Mehrheit finden. Hierfür möchte ich mich bei den beiden Fraktionen bedanken. Jetzt stehen 17.000 € für Aktionen zur Verfügung, um insbesondere Jugendlichen die Gräueltaten der Nazis – auch hier in Leer – zu erläutern. So wird aufgezeigt, wozu Hass und Ausgrenzung führen. Selten war diese Aufklärung so wichtig wie heute, wo angeblich „besorgte Bürger“ ihre gutbürgerliche Maske fallen lassen und als Terroristen Flüchtlingsunterkünfte anzünden. Die Erinnerung an den deutschen Faschismus wach zu halten und aktuelle Neonazis und Rassisten zu bekämpfen gehört zu den Kernthemen grüner Politik. Darum halten wir diese Ausgabe für so wichtig, auch in Zeiten knapper Kassen.

Unser Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung, die bei schwierigen Rahmenbedingungen den Haushaltsplan aufgestellt haben. Besonders möchte ich mich dafür bedanken, dass meine jahrelang vorgetragene Bitte nach der Erstellung eines Haushaltsberichts jetzt endlich erfüllt wurde.

Die Grüne Ratsfraktion wird dem Haushalt zustimmen. Wir hoffen auf eine zügige Genehmigung durch den Landkreis, gerade damit das neue Hallenbad auch wie geplant im Herbst 2018 eröffnet werden kann. Eine unnötige Verzögerung, wie wir sie im letzten Jahr erlebt haben, darf sich nicht wiederholen.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Schmidt:

„Ich möchte für die SPD-Fraktion einige Klarstellungen machen. Auf Grund des Antrages der SPD-Fraktion, dass die Stadt Leer sich umgehend um den sozialen Wohnungsbau kümmern soll, ist die Diskussion dafür erst in Gang gekommen. Dann möchte feststellen, dass auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen worden ist, das Gelände am Bahndamm für sozialen Wohnungsbau zu verwenden, allerdings mit der Maßgabe, dass der Anteil der Bewohner mit Migrationshintergrund auf maximal 50 % festgeschrieben werden soll. Die SPD-Fraktion hat sich immer gegen den Verkauf

des Telekom-Gebäudes, das sind 50 % des ursprünglichen Gebietes, ausgesprochen. Uns wurde dann vorgemacht, dass wir Ende 2016 425.000 EUR an Sanierungsmitteln zurückzahlen müssten. Die SPD-Fraktion hat sich in Hannover erkundigt und wir haben andere Signale bekommen. Und gerade gestern im VA, das haben Sie, Herr Foest, unterschlagen, haben wir die Information von der Bürgermeisterin bekommen, dass diese 425.000 EUR bis 2017 nicht anfallen. Wir haben Informationen, dass weitere Verlängerungen für das Sanierungsziel in Aussicht gestellt werden können. Auch wir bedauern sehr, dass dieser Investor nicht nach Leer kommt. Herr Schachner und ich waren diese Woche noch in Weener und haben uns mit dem Investor unterhalten. Das ist eine ausgezeichnete zukunftssträchtige Firma. Leider sind die anderen Fraktionsvorsitzenden der Einladung nicht gefolgt.

Aber wir müssen Prioritäten setzen und wir als SPD halten die Flüchtlingsunterbringung für vorrangig und sind uns sicher, dass wir einen adäquaten Investor für das Gebäude finden, wenn es nicht mehr gebraucht wird, da es sich um einen hervorragenden Standort mit vielen Vorteilen im Sanierungsgebiet handelt. Wir werden nicht 70 Unterkunftsplätze sausen lassen, bevor wir nicht alle anderen Optionen geprüft haben, um dann Am Großen Stein 250 Flüchtlinge ins Gewerbegebiet abzuschieben. Ich weiß nicht, wie Sie sich vorstellen, dass da Integration stattfinden soll. Es ist aus unserer Sicht nicht möglich. Wir fordern schon seit letztem Jahr, dass wir uns der Problematik sowie dem sozialen Wohnungsbau intensiv annehmen. Wenn wir alle Möglichkeiten nutzen, werden wir in 3 bis 4 Jahren eine ganz andere Situation in Leer vorfinden, als wir sie heute haben.

Wir haben das Parkdeck am Ostersteg gestern abgelehnt. Aber es darf nicht vergessen werden, dass wir angeregt haben die Parkfläche Richtung Turnerweg ebenerdig zu erweitern. Leider werden unsere Anträge nicht bearbeitet. Wir bekommen keine Informationen. Auch hinsichtlich der anzupassenden Mietverträge. Die SPD-Fraktion fordert seit vielen Jahren, die Wohnungswirtschaft in professionelle Hände zu geben. Wie wichtig das ist, hat sich jetzt bestätigt. Die Mitarbeiterin, Frau Araz-Noormann, leistet dort hervorragende Arbeit. Deswegen werden wir dem Wirtschaftsplan natürlich zustimmen. Wir haben aber auch beantragt, dass man uns die Aufstellungen für Mietanpassungen bei öffentlichen Trägern vorlegt, damit wir entscheiden können, was passiert. Eine Mieterhöhung um das Zehnfache ist mit uns nicht zu machen, da diese Institution dadurch gefährdet wäre. Da müssen Kompromisse gefunden werden. dass ein Sportverein in seiner Existenz gefährdet ist, mag den Rechtspopulisten, die schon immer gegen den Verein gewettert haben, sehr entgegen kommen. Wir werden uns für diesen Verein einsetzen und die Verträge einsehen. Ich hoffe, dass man dann tragfähige Lösungen findet.

Danke.“

Herr Schachner:

„Nur eine kleine Anmerkung: Herr Foest hat das Problem der Flüchtlingsunterbringung angesprochen. Das Problem kommt nicht direkt im Haushalt zum Tragen, deswegen hat sich Herr Rössmann dazu nicht geäußert. Nur um Missverständnisse zu vermeiden, es steht nicht zur Diskussion, dass wir niemals damit einverstanden sind,

250 Personen Am Emsdeich unterzubringen. Schon allein wegen der großen Zahl. Wir haben über den Bahndamm gesprochen. Es gibt dort Bewegung, aber die ursprüngliche Forderung, 200 Personen unterzubringen, können wir nicht zustimmen und werden es auch nicht tun.“

Herr Foest:

„Wenn die fachkompetenteste Stelle hier in Leer, das Sozialamt, sagt, dass die dezentrale Unterbringung für die angekündigte Zahl von 1000 Flüchtlingen nicht mehr möglich ist, dann können wir hier nicht herumeiern und sagen, da muss irgendwas gesucht werden, da müssen wir mal versuchen, was es für Möglichkeiten gibt. Die Leute brauchen eine Unterkunft. Glauben Sie eins, die CDU würde als erstes Hurra rufen, wenn wir dafür dezentrale Unterkünfte hätten. Aber eines sagen wir auch, bevor wir diese Leute in Turnhallen, Dorfgemeinschaftshäuser oder sogar in Zelte abschieben, da werden wir eher einer Gemeinschaftsunterkunft für 524 Personen zustimmen, das halten wir für sehr viel vernünftiger und humaner als hier Diskussionen akademischer Art zu führen. Wenn uns das Fachamt sagt, dass die dezentrale Unterbringung nicht möglich ist, muss ich das hinnehmen. Und die Zeit, die wir mit Diskussionen in den Gremien verschwenden, ist Zeit, in der wir nicht anfangen können zu bauen. Ich möchte denjenigen sehen, der die Verantwortung übernimmt, wenn die Menschen im Winter kommen und wir die Unterkünfte nicht haben.“

Frau Stammwitz stellte fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und man jetzt zu den Beschlussfassungen kommen könne.

Herr Foest bat um Einzelabstimmung zu folgenden Punkten:

- zum einen zur Kündigung der Vereinbarung mit dem Landkreis über die Kindertagesstättenförderung
- und zum anderen zum Verkauf eines Grundstückes Am Emsdeich an einen Investor zum Bau einer Sammelunterkunft für Flüchtlinge.

Die Vorsitzende erklärte, dass sie über die Einzelanträge unter TOP 5.3.1 abstimmen lassen werde. Zunächst sei über die Wirtschaftspläne des Leeraner Entwicklungs- und Erschließungsbetriebes (LEEB) und der Kommunalen Wohnungsverwaltung Leer (KWL) zu befinden.

TOP 5.1 Wirtschaftsplan 2016
- Beschluss
Vorlage: 2.60/XVI/1077/2015

Beschluss (einstimmig):

- a) Der vorgelegte Wirtschaftsplan des LEEB für das Wirtschaftsjahr 2016 wird festgesetzt,

- b) der Finanzplan des LEEB zum Erfolgs- und Vermögensplan in der vorgelegten Fassung wird festgestellt und
- c) der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite im Haushaltsjahr 2016 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 300.000 € festgesetzt.

TOP 5.2 Wirtschaftsplan 2016 **Vorlage: KWL/XVI/1161/2016**

Beschluss (einstimmig):

- a) Der vorliegende Wirtschaftsplan der KWL für das Wirtschaftsjahr 2016 wird festgesetzt,
- b) der Finanzplan der KWL zum Erfolgs- und Vermögensplan in der vorgelegten Fassung wird festgestellt,
- c) der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite im Haushaltsjahr 2016 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.200.000,- € festgesetzt und
- d) die Stellenübersicht wird genehmigt.

TOP 5.3 Haushalt

TOP 5.3.1 Beschluss über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2016 einschließlich Stellenplan und über das Investitionsprogramm für die Jahre 2016 bis 2019 **Vorlage: 1.20/XVI/1159/2016**

Die Vorsitzende rief den Tagesordnungspunkt auf.

Sie erklärte, dass ein Antrag der CDL- und der CDU-Fraktion auf Einzelabstimmung über die Abgabe der Förderung der Kindertagesstätten auf den Landkreis vorliege.

Herr Schmidt bekundete, dass bei der SPD-Fraktion 3 Mitglieder aus gesundheitlichen Gründen fehlen. Bei den Grünen fehlen 2 Abgeordnete. Er fragte: „Halten Sie das für politisch guten Stil, diese Situation auszunutzen, um so eine weittragende Entscheidung hier von jetzt auf gleich zu treffen? Es ist nur eine Frage, keine Wertung.“

Herr Ressmann:

„Die Frage der Abgabe der Finanzierung der Kindertagesstätten an den Landkreis betrifft einen Vertrag der zwischen der Stadt und dem Landkreis geschlossen wurde und hat definitiv keine Auswirkungen auf die Haushaltsberatungen 2016, da dieser Vertrag frühestens zum August 2017 gekündigt werden kann nach den gültigen Kün-

digungsfristen. Von daher bin ich im Zweifel, ob es nach der Geschäftsordnung zulässig ist, ohne dass diese Frage auf der Tagesordnung stand, hier mal eben über eine Vertragskündigung mit dem Landkreis für 2017 zu beraten ohne Vorbereitung in den Fachausschüssen und im VA. Daher bitte ich die Verwaltung zu klären, ob der Rat heute darüber abstimmen kann. Unabhängig davon, wie der politische Stil in dieser Sache ist, da kann ich mich Herrn Schmidt nur anschließen. Aber ich halte eine Abstimmung über eine Vertragskündigung für das Jahr 2017 nicht für zulässig.“

Herr Hauschild erklärte, dass er die Auffassung von Herrn Ressmann teile. Die Kündigung des Vertrages stehe nicht auf der Tagesordnung, daher kann auch nicht über sie beschlossen werden. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen wären erst in 2017 relevant. Die Kündigungsfrist betrage ein Jahr vorher. Es bestehe daher noch ausreichend Gelegenheit, das Ganze im Fachausschuss vorzubereiten und über den vorgeschriebenen Weg über den VA in den Rat einzubringen. Eine Vertragskündigung sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht ordnungsgemäß vorbereitet und im Übrigen nicht Gegenstand der Tagesordnung.

Herr Foest:

„Es wundert mich die Aufregung. Da hat wohl jemand gezählt. Offenbar hat euch die CDL einen Strich durch die Rechnung gemacht, dass sie nicht bei euch mitzählt. Und jetzt seid ihr natürlich in einer Situation bei einem Thema, das sonst immer vom Tisch gewischt wurde, und diejenigen, die es beantragt haben sowieso keine Chance hatten, sich jetzt wohl durchsetzen würden und deswegen ist das plötzlich eine unfaire Abstimmung. Wenn ihr vorher was gesagt hättet, hätte man darüber reden können. Aber euch wären eure fehlenden Mitglieder nie eingefallen, wenn diese Abstimmung nicht angestanden hätte. Außerdem finde, wenn man schon über den Haushaltsplan spricht, können wir nicht einzelne Punkte herausnehmen mit der Begründung, die sind nicht vorbereitet. Da finde ich eine ganze Menge, die im Einzelnen nicht vorbereitet sind. Insofern bin ich also nicht der Meinung, dass wir da nicht drüber abstimmen können. Es ist einfach eine Bekundung im Jahre 2017 diese Kündigung vorzunehmen.“

Außerdem werden Sie, so schlau wie Sie sind, diesen Beschluss sowieso wieder konterkarieren, wenn Sie Ihre Mehrheiten zusammen haben, und dann gibt es diesen Beschluss nicht mehr. Ich bin allerdings der Meinung, wir sollten diese Abstimmung machen. Vielleicht ist nicht korrekt, dann wird der Beschluss aufgehoben, ansonsten gibt es eine neue Abstimmung. Ich bin der Meinung, wir stimmen ab.“

Frau Kuhl:

„Ich erinnere mich daran, dass wir hier in der Ratssitzung schon einmal spontan abgestimmt haben und das vom Tisch gewischt worden ist. Ich schließe mich allerdings durchaus, verzeihen Sie mir bitte Herr Foest, den Äußerungen von Herrn Schmidt an, dass ich finde, dass wir die nächsten Wahlmonate nicht damit beginnen sollen. Wir können natürlich jetzt formal eine Abstimmung machen. Wir haben bereits in einer Ratssitzung einmal darüber abgestimmt, ich erinnere mich sehr gut daran. Ich habe großes Vertrauen in Herrn Hauschild, dass es richtig ist, was er sagt. Und davon abgesehen finde ich es ganz schwierig, wenn wir die Wahlmonate damit einlei-

ten, dass wir solche Situationen ausnutzen. Es gebietet im Grunde die Fairness, dass wir es nicht tun. Aber wie gesagt als Bürgermeisterin hat man hier auch nur eine Stimme.“

Frau Stammwitz erkundigte sich bei Herrn Foest, ob er auf seinen Antrag bestehe.

Herr Rebels berichtete, dass die CDL den Antrag gestellt habe.

Daraufhin fragte die Ratsvorsitzende beide Fraktionen, ob sie weiterhin auf ihrem Antrag bestehen.

Das wurde von beiden Fraktionen bejaht.

Frau Kramer:

„Ich finde den Einwand der Bürgermeisterin doch etwas unpassend. Ich denke wir sind jetzt doch zwischen Narrerei und Karneval und Aschermittwoch. Wenn Herr Hauschild sagt, es kann nicht abgestimmt werden, müssen wir dem folgen und stimmen nicht ab. Dann brauchen wir uns über den Antrag auch überhaupt nicht mehr unterhalten.“

Die Bürgermeisterin warf ein, dass im Rat auch ohne Vorbereitung schon über die Angelegenheit abgestimmt wurde.

Frau Stammwitz bat die Juristin zu klären, wie in dieser Situation zu verfahren sei.

Frau Kunze bekundete, dass sie es nicht wisse.

Herr Düngemann erklärte, dass seine Fraktion in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses den Antrag schon angekündigt habe.

Frau Kuhl schlug vor, über den Antrag abzustimmen und hinterher trotzdem in die Prüfung einzusteigen, inwiefern das anders hätte vorbereitet sein müssen.

Die Vorsitzende stellte den Antrag der CDL-Fraktion und CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss (17 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen):

Die „Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe“ vom 21.04.2009 gemäß § 69 Abs. 6 und §§ 22 ff SGB VIII sowie § 13 des Nds. AG KJHG mit dem Landkreis Leer, wonach die Förderung der Kindertagesstätten auf die Stadt Leer übertragen wurde, wird gekündigt.

Beschluss (15 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen):

Die Empfehlung,

eine Teilfläche aus dem Flurstück 20/96 zur Größe von ca. 8.600 qm sowie das Flurstück 22/4 zur Größe von 2.417,10 qm hinter den Grundstücken Am Emsdeich 22 und 26 an den Investor Jürgen Dübbelde, Wiesmoor zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften zum Verkehrswert zu veräußern,

wird bei 15 Ja- zu 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss (30 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen):

Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2016 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2016 bis 2019 wird mit den eingebrachten Änderungen beschlossen.

TOP 5.3.2 Kenntnisnahme der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2019

Der Rat nimmt die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2019 zur Kenntnis.

TOP 5.4 Haushaltssicherungskonzept 2016

Beschluss (einstimmig):

Das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Leer zum Haushaltsplan 2016 wird mit den eingebrachten Änderungen beschlossen.

TOP 6 Örtliche Bauvorschriften - Gestaltungssatzung für die Altstadt von Leer

1. Aufhebung des Beschlusses vom 21.05.2015

2. Erörterung und Beschluss über die Anregungen

3. Beschluss der örtlichen Bauvorschrift als Satzung und Zustimmung zur Begründung

Vorlage: 2.64/XVI/1164/2016

Beschluss (einstimmig):

1. Der am 21.05.2015 vom Rat gefasste Beschluss zur Gestaltungssatzung für die Altstadt von Leer (2.64/XVI/0939/2015) wird aufgehoben.
2. Den Abwägungsvorschlägen zu den vorgebrachten Anregungen (Anlage A der Vorlage) gemäß Tabelle (Anlage B der Vorlage) wird zugestimmt.
3. Die Gestaltungssatzung für die Altstadt (Anlage C der Vorlage) wird gemäß 10 BauGB sowie des § 58 NKomVG als Satzung beschlossen; der Begründung (Gestaltungsfibel - Anlagen D 1 bis D 3 der Vorlage) wird zugestimmt.

Der Entwurf und die Karte des Satzungsgebietes haben während der Sitzung ausgehangen

TOP 7 Informationen

Die Bürgermeisterin informierte darüber, dass die Fa. F. und R. Hartema im Rahmen der Weihnachtsspendenaktion 2015 einen Betrag in Höhe von 7.500 EUR gespendet habe.

Beschluss:

Der Rat stimmt der Annahme der Spende der Fa. Hartema in Höhe von 7.500 EUR zu.

TOP 8 Anfragen

Keine.

TOP 9 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Die Besucherinnen und Besucher stellten keine Fragen.

Die Vorsitzende schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.45 Uhr und verabschiedete die Gäste.

gez. Beate Stammwitz

Vorsitzende

gez. Beatrix Kuhl

Bürgermeisterin

gez. Birgit Hingst-Lübben

Protokollführerin

F.d.R.:

Protokollführerin